Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1301

06. 12. 77

Sachgebiet 7

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung mit seiner Stellungnahme zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Entscheidung zur Verabschiedung des Jahresberichts über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für 1978

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat [KOM(77) 494 endg.],

vom Rat gemäß Artikel 4 der Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften konsultiert (Dok. 350/77),

in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Dok. 377/77),

1. nimmt die in dem Kommissionsbericht enthaltene Feststellung zur Kenntnis, daß die derzeitige hohe Arbeitslosigkeit trotz einer Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation und eines langsameren Anstiegs der Inflationsrate noch zunehmen dürfte;

2. erkennt an, daß die Notwendigkeit einer Eindämmung der Inflation umfassenden und gezielten Bemühungen um ein rasches Wirtschaftswachstum im Wege steht; glaubt jedoch, daß die Wachstumsrate spürbar steigen wird, wenn die Mitgliedstaaten die Vorschläge der Kommission für eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitiken aufgreifen und sich genau an die wirtschaftspolitischen Leitlinien der Kommission halten;

3. pflichtet der Kommission bei, daß Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Inflationsbekämpfung kurzfristig Vorrang vor dem Ausgleich der nationalen Haushalte und der Außenhandelsbilanzen haben sollten;

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

4. stimmt der Auffassung zu, daß die in der internationalen Arbeitsteilung für wesentlich oder wünschenswert gehaltenen Änderungen nur bei größerem Wachstum in der richtigen Form reibungslos durchgeführt werden können;
5. weist darauf hin, daß die bisher von der Gemeinschaft im Bereich der Beschäftigungspolitik durchgeführten Maßnahmen im wesentlichen aus öffentlichen Beihilfen und Krediten bestehen, die sich als wenig wirksam erwiesen haben;
6. ist der Ansicht, daß der von der Kommission befürwortete Strukturwandel einen bedeutenden Anstieg der Investitionstätigkeit und eine sich rasch entwickelnde gemeinschaftliche Industriepolitik erfordert;
7. begrüßt die Ankündigung der Kommission, für den nächsten Europäischen Rat Vorschläge zu unterbreiten, die dank der aufeinander abgestimmten Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit, der Stabilisierung der Währungen und der Verringerung der wirtschaftlichen und regionalen Unterschiede zu Fortschritten auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion führen sollen;
8. unterstützt den Vorschlag der Kommission, ein neues gemeinschaftliches Finanzierungsinstrumentarium zur Verbesserung der Strukturen zu schaffen;
9. betont, daß die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme nicht nur von der Bereitschaft der Regierungen der Mitgliedstaaten abhängt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, sondern auch von der aktiven Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern an Politiken zur Förderung des Wachstums, zur Eindämmung der Inflation und zum Abbau der Arbeitslosigkeit;
10. bedauert deshalb, daß die Organisation der diesjährigen Dreierkonferenz zu wünschen übrig ließ und ergebnislos war, und fordert die Kommission auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um sicherzustellen, daß die Konferenz des nächsten Jahres besser vorbereitet wird, mehr Publizität erhält und eine größere Rolle in der Wirtschaftsstrategie spielt;
11. ist sich bewußt, daß ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zur Verringerung der Arbeitslosigkeit unerläßlich ist, und legt außerdem besonderen Wert auf die Gestaltung einer gezielten Beschäftigungspolitik, z. B. durch vermehrte Investitionen der öffentlichen Hand; diese Politik sollte den Ausbau der beruflichen Ausbildung und Umschulung, verbesserte Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung und eine Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, vor allem für Frauen und junge Leute, umfassen; ferner sollten Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit geprüft werden;

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 00 24 88 56 – vom 1. Dezember 1977

12. unterstützt die Aufforderung der Kommission,
    - die nationalen Beihilfen auf Gemeinschaftsebene zu koordinieren,
    - neue Technologien zu erforschen und anzuwenden,
    - für kleine und mittlere Unternehmen steuerliche Erleichterungen zu gewähren und den Zugang zum Kapitalmarkt zu erleichtern,
    - Maßnahmen zu treffen, die die Gründung neuer öffentlicher und privater Unternehmen begünstigen.

    Das Parlament erwartet konkrete Vorschläge der Kommission in diesen Bereichen;

13. erinnert an die Bedeutung der Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und unterstützt daher die derzeitigen Vorschläge[1]) der Kommission, die auf eine befriedigendere Durchführung dieser Entscheidung abzielen;

14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

[1]) „Bessere Koordinierung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik"; Mitteilung der Kommission an den Rat [KOM(77) 443 endg.] vom 5. Oktober 1977

